

Auch Populisten stellen gute Fragen

Rückbesinnung auf journalistische Tugenden könnte schon helfen: Die Bürger-Universität diskutiert über neue Herausforderungen für die Medien.

Von Martin Ochmann

Als im Herbst 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise täglich Tausende Flüchtlinge nach Deutschland kamen und von vielen Bürgern nahezu euphorisch begrüßt wurden, da habe an einem der Bahnhöfe ein Reporter gestanden, der emotional sehr bewegt gewesen sei und beinahe mit Tränen in den Augen darüber berichtet habe. So erinnert sich zumindest Helga Schmidt aus den WDR/NDR-Hörfunkstudios in Brüssel. Es habe „emotionale Betroffenheit in den Redaktionsstuben“ geherrscht, viele Journalisten seien „mitgerissen“ gewesen.

„Das machte blind für die Menschen“, sagt Schmidt. Die Menschen, deren Kinder nicht mehr in die Turnhallen gehen konnten, oder diejenigen, die sich fragten, was denn die jungen Männer aus Syrien gelernt haben – unter anderem über Israel. Es habe aber Menschen gegeben, die diese Ängste gehört und „sehr erfolgreich“ aufgegriffen hätten: die Vertreter der AfD. Und so habe die Partei, die zu dem Zeitpunkt keine allzu große Rolle mehr gespielt habe, an Bedeutung gewonnen.

Insofern haben Journalisten in Deutschland das Problem möglicherweise selbst mit befördert, mit dessen Herausforderungen sie sich nun konfrontiert sehen: den Aufstieg des Populismus. Wie man diesen Herausforderungen begegnet, wie Populismus die Medien bedroht und ihre Rolle infrage stellt, das war Thema einer virtuellen Podiumsdiskussion der Frankfurter Bürger-Universität. Die Veranstaltung „Quotendruck. Massenmedien im Zeitalter des Populismus“ eröffnete die dreiteilige Diskussionsreihe „Populismus – Kultur – Kampf“, organisiert vom Amerikanistikprofessor Johannes Völz gemeinsam mit seinen Studenten.

Mit guten alten journalistischen Tugenden wie „audiatur et altera pars“, das heißt, auch die Gegenseite zu hören, oder dem Satz des Journalisten Hanns Joachim Friedrichs, dass ein guter Journalist sich nicht mit einer Sache gemein machen sollte, auch nicht mit einer guten, könnte man demnach populistischen Positionen schon Wind aus den Segeln nehmen. Von einer „Mahnung“ spricht vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus dem Herbst 2015 Ina Dahlke aus der Wissenschaftsredaktion des Hessischen Rundfunks. „Auch wir Journalisten leben in einer Blase und müssen uns immer wieder erinnern, objektiv hinzugucken“, sagt sie.

Die Rück- oder Wiederbesinnung auf journalistische Tugenden und Handwerkszeug wäre demnach eine Antwort auf die Herausforderungen des Populismus. „Es ist falsch, etwas totzuschweigen, oft stellen Populisten die richtigen Fragen“, sagt Schmidt. Deren Positionen gehörten ins Programm, so die übereinstimmende Meinung der Diskussionsteilnehmer zur Eingangsfrage, wie der Populismus die Arbeit der Journalisten verändert habe.

Zugleich gelte es, diesen Positionen Fakten entgegenzuhalten. Zu denen es aber mittlerweile, auch das lehre der Populismus, „alternative Fakten“ gibt. Was, wenn ein gemeinsames Verständnis darüber, was empirisch belegbare Tatsache ist, zunehmend erodiert? Wenn Menschen sich nicht impfen lassen, weil dieser Vorgang quasi ein weltanschauliches Erkennungszeichen ist, wie es James Poniewozik beschrieb, Fernsehkritiker der New York Times, der in diesem Zusammenhang von einem „existenziellen Kampf“ der Journalisten spricht. Was also tun, wenn die Diskussionsgrundlage fehlt, lautet eine Frage aus dem Publikum.

„Wir diskutieren gar nicht, sondern schreiben Sachen auf“, sagt F.A.Z.-Mitherausgeber Jürgen Kaube. Die Auseinandersetzung mit Phänomenen wie dem Klimawandel sei Sache einer Redaktion mit entsprechendem Fachwissen. „Und wenn es Menschen gibt, die sagen, das gibt es nicht, dann sind die bei uns falsch“, ergänzt Kaube. Für eine gewisse Gelassenheit wirbt er auch mit Blick auf das, was Moderator Vinzenz Hediger als eine „neue Politik der Schamlosigkeit“ bezeichnet – beispielhaft nennt er Trumps Plaudereien über seine sexuellen Übergriffe oder den vielzitierten „Fliegenschiss“ von AfD-Fraktionschef Alexander Gauland.

„Was ist nicht schon alles gesagt und gemacht worden?“, fragt Kaube, der an einen CSU-Staatssekretär erinnert, der unter Alkoholeinfluss in einen Verkehrsunfall mit Todesfolge verwickelt war, zunächst zurücktrat, später aber noch Verkehrsminister in Bayern wurde. „Wenn wir sagen, das sind alles neue Dimensionen, ist das vielleicht ein nostalgischer Blick auf die Vergangenheit“, meint Kaube. Und aus der Opposition heraus lasse sich viel sagen. Zu beobachten sei jedoch, dass die Handelnden nicht „krasser“ geworden seien, sondern eher „technokratischer“ agierten.